

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Vertheilt Montag

Telephon Nr. 41



Bezugspreis monatlich 30 Pfg. Durch die Post im Reichsbezirk 2,15 Mk. in Württemberg 2,20 Mk. vierteljährlich, halbjährlich 80 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von außerdem 15 Pfg. die Wortzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 27

Mittwoch, den 12. Februar 1919

26. Jahrgang.

Obert Reichspräsident.

Weimar, 11. Febr. Die Nationalversammlung wählte mit 277 von 379 abgegebenen Stimmen bei 51 Stimmenthaltungen Obert zum prov. Reichspräsidenten. Pobjedowski erhielt 49 Stimmen, 2 Stimmen waren gesplittet. Obert nahm die Wahl an.

Wider die Unvernunft!

Unter diesem Titel schreibt der sozialdemokratische Stadtrat A. Kemmle in der „Mannheimer Volksstimme“ u. a., für viele Gruppen des deutschen Volkes bedeute die Revolution Nichts weiter, als eine große Lohnbewegung. Erst haben die in der Kriegsindustrie beschäftigten Arbeiter mit Erfolg den Versuch unternommen, einen erheblichen Teil der von diesen Unternehmungen gemachten Kriegsgewinne unter sich zu verteilen. Das Reich ist so der Last enthoben, diese Gewinne zu Zwecken der Verringerung der Schuldenlast einzusetzen. Man vernahm nicht selten, wie wohl das den reaktionären Feinden der Republik tat, auf diese Weise „ihr“ Geld in die Taschen der Arbeiter wandern zu sehen, anstatt es in Form einer Kriegsgewinnsteuer abgeben zu müssen.

Die gleichen Forderungen zeigten sich dann bei den Angestellten der Gemeinden und neuerdings auch bei den Staatsangestellten. Nicht darum handelt es sich bei unserer Verachtung, daß auch diese Volksschichten einen Ausgleich erhalten müssen für die verteuerte Lebenshaltung (das ist selbstverständlich), sondern darum, daß die schnelle Nacheinanderfolge, die Höhe der gestellten Ansprüche und die Auserachtlung der gewöhnlich als Grundzüge bei der Verrechnung dieser Interessen über das Maß des Erträglichen hinausgehen. Städte und Staat machten in den letzten paar Monaten zusammen genommen weit mehr Schulden, als sie während des Kriegs in dreifach so langer Zeit fertig brachten. Die neuen Forderungen die z. B. in Baden auch bewilligt werden, verursachen dem babilonischen Staat eine Ausgabe von etwa 37 Millionen Mark. Die Jahreseinnahme der babilonischen Staatskasse aus Steuern beläuft sich auf 36 Millionen.

Um den durch diese Entwicklung der Revolution entstehenden und jeden Tag neu entstehenden finanziellen Anforderungen auch nur einigermaßen gerecht werden zu können, müssen neue Steuerquellen erschlossen werden. Dadurch aber werden bei der Größe des Mangels nicht nur die Begüterten getroffen, auch die Armen des Volks werden dabei in Mitleidenschaft gezogen. Denn der Staat setzt sich nicht nur aus begüterten Familien zusammen. Gewerbe, Handel und Industrie sind in ihrer Steuerkraft außerordentlich geschwächt, so daß auch das ein nicht zu unterschätzendes Weniger in der Wirtschaft des Staats und der Gemeinden darstellt.

Diesen Tatsachen muß man ins Auge sehen, so unangenehm das auch sein mag und so viel Feindschaft man sich zuzieht, wenn man sie glatt heraus anspricht. Nicht die Freude an der Notendrucke und auch nicht jene am kommenden Staatsbankrott hilft dem Volk die bisherigen Erfolge der Revolution sichern, sondern nur die vernunftgemäße Anwendung der Gesetze und das Beschreiten des Wegs der sicheren Möglichkeiten. Nun die Nationalversammlung der gesetzgebende Faktor ist, muß man diesem die Möglichkeit geben, die Verantwortung für die weitere Entwicklung der Dinge zu übernehmen, und man darf nicht der vorläufigen Regierung bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Pistole auf die Brust setzen. Das ist Bolschewismus, dem Eingang zu verschaffen, so manche dunkle Existenz versucht. Was diesen Leuten aus einem weiten Zusammenbruch für Vorteile winkt, das sich zu erklären, wissen sie selbst nicht. Erst recht aber ist nicht ersichtlich, welche Vorteile das Volk, im Ganzen betrachtet, von der völligen Anarchie haben soll.

Will man also das Schlimmste verhindern, dann muß der Staat, und dann müssen auch die Gemeinden für neue Einnahmen sorgen.

Was uns jetzt nottut, ist: an den Abbau der Lebensmittelpreise heranzugehen. Wie aber soll dieses Beginnen Aussicht auf Erfolg haben, wenn die Produktionskosten und die Ausgaben für die Verwaltung in einem Maße steigen, das zur weiteren Hinausschraubung der Preise für die Lebensbedürfnisse führen

muß. Diese Preisentwicklung hat ja nachgerade ein Schnellzugstempo angenommen. Weitere Lohnforderungen müssen sich daraus ergeben, die aber nur wieder nur Vertenerung bringen können. Es wäre deshalb notwendig, daß wir so bald als irgendwie möglich vom Auslande Lebensmittel hereinbekommen. Billig werden diese ja nicht erhalten sein, immerhin aber dürfte die vorhandene Preisspannung schon ausreichen, ein Mehr der Werte zum Vorteil Deutschlands zu erzielen. Um nun aber die Einfuhr zu ermöglichen, müssen wir die Ausfuhr von Produkten gewährleisten können. Die Kohle ist ein Ausfuhrartikel von höchstwichtiger Bedeutung. Was könnte aus daraus nicht für ein reichhaltiger Vorteil bestehen! Doch auch hier macht dem deutschen Volk die bei den Bergarbeitern mit Erfolg gezielte Anarchie einen Strich durch die Rechnung. „Was kümmert uns der Staat“, das ist jetzt das Schlagwort dieser Massen. Was in dieser Richtung vor sich geht, sieht so trübe aus, daß jede Hoffnung, die Vernunft zur Geltung kommen zu lassen, vorerst aufgegeben werden mußte, wenn es den Gewerkschaften nicht endlich gelingt, ihre arbeitslosen Mitglieder zu sammeln und mit ihnen unter Ausschließung der im Trüben stehenden Leute eine disziplinierte Arbeitergruppe zu schaffen.

Neues vom Tage.

Berlin, 10. Febr. Der Reichspräsident wird nach dem „Berl. Tageblatt“ voraussichtlich im Schloß Bellevue in Berlin Wohnung nehmen. Außer dem Schloß Bellevue soll das Reichslanzlerpalais in Frage kommen. Außer einer festen Zuwendung sollen dem Präsidenten mehrere Hunderttausend Mark zu Repräsentationszwecken gewährt werden, doch werde die Gesamtsumme eine Million nicht erreichen.

Berlin, 10. Febr. Die „Post. Ztg.“ schreibt: In dem Kampf um die Neiverfassung scheinen die Vertreter der Einzelstaaten einen Sieg erröchten zu haben. Es handelt sich um wesentlichen um die Bestimmungen des § 4 des Entwurfs, dessen erster Absatz in der Vorlage lautet: „Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet.“ Es kann jedoch der Gebietsbestand der Freistaaten nur mit ihrer Zustimmung geändert werden.“ Wie aus den Fraktionsführungen verlautet, hätten sowohl die Rechtsparteien wie das Zentrum und die Deutsche dem. Partei zum Teil die Streichung des ersten Satzes beschloffen.

Eichhorn hat erklärt, daß er von seiner Wahl zur Nationalversammlung Gebrauch machen wolle.

Protest der Beamten.

Berlin, 9. Febr. Der deutsche Beamtenbund hat in einem an die Nationalversammlung gerichteten Telegramm gegen die in zahlreichen Städten gegen die Beamtenschaft unternommenen spartanischen Gewalttaten energisch protestiert.

Bund der Landwirte.

Berlin, 10. Febr. Die diesjährige Hauptversammlung des Bundes der Landwirte findet am 17. Februar im Kaisersaal des „Reichsgold“ in Berlin statt.

Die Wahlen in Sachsen-Koburg.

Koburg, 10. Febr. Bei den gestrigen Wahlen zur Landesversammlung wurden für die Mehrheitssozialisten 20558 Stimmen, für die gemeinschaftliche Liste der bürgerlichen Parteien und des Bauernbunds 14503 Stimmen abgegeben. Verschiedene Orte stehen noch aus. Sie erhalten die Sozialdemokraten 7, die Demokraten 3 und die Deutsch-Nationalen (Bund der Landwirte) 1.

Von der Waffenstillstandskommission.

Die Engländer richten in dem von ihnen besetzten rheinischen Gebiet Zivilverwaltung ein.

Hamburg, 10. Febr. Das letzte in Deutschland interniert gewesene englische Handelsschiff, der Dampfer „Cosma“, ist mit deutscher Mannschaft gestern nach England abgegangen.

Die Lebensmittellieferung für Deutschland.

Berlin, 10. Febr. Das Abkommen mit den alliierten Regierungen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland ist am 8. Februar in Spa nach dreitägiger Verhandlung unterzeichnet worden. Der oberste Ernährungsrat der Alliierten wird Vorforgere treffen, das sofort rund 30000 Tonnen Schweinefleisch und

250000 Kästen kondensierte Milch über Rotterdam nach Deutschland geliefert werden. Die Bezahlung dieser Mengen ist deutscherseits durch Gold um fremde Devisen Wechsel sicher gestellt. Im unmittelbaren Anschluß an diese Lieferungen wollen die Alliierten in Aussicht nehmen 200000 Tonnen Weizen und Weizenmehl und weitere 35000 Tonnen Schweinefleisch und Schweinefleisch zu liefern, wenn eine befriedigende Regelung der Bezahlung bei den am 12. Februar beginnenden Verhandlungen der Finanzkommission gefunden wird. Die Vertreter der Alliierten haben sich bereit erklärt, den Wunsch der deutschen Regierung für die Weiterverförmung Deutschlands bis zur neuen Ernennung der Bezahlung zu stehen unter Voraussetzung befriedigender Bezahlung. Als Bedarf ist von der deutschen Regierung für die Monate März bis August ausschließlich angegeben worden: 400000 Tonnen Weizen, 100000 Tonnen Fett und Fleisch für jeden dieser Monate ferner 1 Million Tonnen Mais oder andere Futtermittel für den ganzen Zeitraum. Die Erfüllung des Abkommens ist von den Vertretern der alliierten Regierungen ausdrücklich abhängig gemacht worden von der Annahme und von der Ausführung der Bedingungen, die sie uns betreffs der Abgabe der Handelsflotte auferlegt haben und noch weiter auferlegen wollen. Es ergibt sich, daß selbst bei Annahme dieser Bedingungen eine Sicherheit für den regelmäßigen Eingang der Lebensmittellieferungen nicht besteht. A. W. A.

Die Forderungen gehen weiter.

Bern, 9. Febr. „Journal“ fordert außer bereits bekannten Bedingung der Bezahlung der russischen Werke in Essen und der Fabriken in Westfalen noch die Ablieferung aller Waffen in Deutschland Herabsetzung der deutschen Meeresbestände und scharfe Kontrolle der Alliierten über die Demobilisierung.

Im besetzten Gebiet.

Biesbaden, 10. Febr. Der französische Kommandant hat befohlen, daß alle in Geschäfts- oder Privatbesitz befindlichen Bücher und Druckereien, die irgend eine des Alliierten feindliche Bemerkung enthalten, bei der Bürgermeisterei abzuliefern sind, um beschlagnahmt zu werden.

Oberster Rat in Elsaß-Lothringen.

Bern, 9. Febr. Der „Temps“ meldet, daß zur Regelung der Verwaltung von Elsaß-Lothringen sich bei der Regelung der Verwaltung von Elsaß-Lothringen und um es den Elsaß-Lothringern zu ermöglichen, sich bei der französischen Regierung Gehör zu verschaffen, neben der schon 1915 errichteten Konferenz für Elsaß-Lothringen nunmehr auch ein oberster Rat für Elsaß-Lothringen geschaffen worden sei. In den Rat wurden u. a. ernannt: der Straßburger Professor Kiener, der Wülhausenener Industrielle Dieg, der Bürgermeister von Meyrevel, der französische Bürgermeister von Straßburg, Beirotes, ferner Abbe Wetterle, Blumenthal und Langel. Die feste Organisation soll erste, nach Vornahme der Neuwahlen in einigen Monaten gelten.

Die Spartakisten.

Hamburg, 10. Febr. Das Abkommen mit der Reichsregierung betreffend Entlassung der Arbeiter usw. wird vielfach nicht eingehalten. Russische Deger fahren fort, die Arbeiter aufzuwiegen.

Die an Hamburg gestellte Frist zur Entlassung wurde bis 20. Februar verlängert.

Bremen, 10. Febr. Der Bahnhof in Geestemünde wurde gestern ohne Widerstand besetzt.

Bremerhaven ist durch die 2. Landesjägerbrigade Major Stobbe besetzt worden.

Düsseldorf, 10. Febr. Die Stadt ist vom Verkehr nach außen fast ganz abgeschnitten; die Revolutionäre haben alle Ämter besetzt. Die Polizei streift, da der Arbeiterrat sein Bestehen, den allgemeinen Zustand zu beenden, nicht gehalten hat.

Erfurt, 9. Febr. In der Nacht zum Sonntag sind die Regierungstruppen eingezogen und haben die Jägerkaserne bezogen. Die öffentlichen und andere wichtigen Gebäude und der Bahnhof sind von Regierungstruppen besetzt.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 10. Febr. Die Lage im Osten: A. O. R. (Armees-Ober-Kommando) Nord: Bei einem Vorstoß in Windauabschnitt wurde Tyrkische von uns genommen. Die deutsche Besatzung soll bei der Eroberung der Stadt



... durch ...
Kriegsgerichte ...
... worden sein.

W.A. S.: In allen Abschnitten für und erfolgreiche Gefechte. Das 5. A. meldet: Ein polnischer Vorstoß gegen Rawitsch wurde abgewiesen. — Das 2. A. meldet: Das Dorf Radwonek südwestlich von Margonin wurde von den Polen in Stärke von 2 Kompanien angegriffen. Das Dorf ging hierbei verloren; wurde aber später mit Artillerieunterstützung von uns wieder gewonnen. — Die Räumung der von uns noch besetzten Teile des russischen Gebiets an der Bahn Nowel-Brest-Litowsk ist bis hart südlich Brest-Litowsk durchgeführt. Westlich von Brest-Litowsk wurde ein starker polnischer Überfall abgelehnt dank der ausgezeichneten Haltung der 3. Kompagnie des Freiwilligenbataillons 44. — Das 22. Reserve-Korps, das bisher in Brest-Litowsk lag, hat das Kommando an die 22. Landwehr-Division abgegeben und wird nach der Heimat abtransportiert.

Bromberg, 10. Febr. Wegen Hochverrats und Widerstands gegen die bewaffnete Macht hatten sich vor dem Kriegsgericht des Belagerungszustands 11 Polen zu verantworten, die in den Kämpfen bei Grünthal und Hofengarten gefangen genommen wurden. Sie wurden insgesamt zu 45 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagten behaupteten, sie seien zum Kampf gegen die Deutschen gezwungen worden.

Die Stadtverordneten beschloßen, für die Truppen, die gegen die Polen kämpften, eine Treueprämie von 300.000 Mk. auszuwerfen.

Berlin, 10. Febr. Vom deutsch-baltischen Nationalausschuß ergeht noch einmal der dringende und ernst Mahnruf an alle wehrfähigen Balten in Deutschland im Alter von 18 bis 42 Jahren, ihre Sonderinteressen bei Seite zu legen und sich angesäumt bei der deutsch-baltischen Landeswehr in Libau zu melden. Es gilt die Verteidigung des letzten strategisch und politisch hochwertigen Punktes baltischer Erde.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 10. Febr. Die Konferenz wird Deutschland und die Polen anfordern, die Feindseligkeiten einzustellen.

Paris, 10. Febr. General Franchet d'Espèrey hat sein Hauptquartier nach Konstantinopel verlegt.

Paris, 10. Febr. Der chinesischen Regierung wurde laut „Progress de Lyon“ von Japan vorgeschlagen, die Frage von Kiautschow, die die übrigen Konferenzmächte „nicht besonders interessieren“, nicht auf der Friedenskonferenz zu erledigen, sondern zwischen Japan und China zu regeln.

Ein Erfolg Wilsons.

Paris, 9. Febr. (Havas.) Eine Entschlieung, die auf Wilsons Vorschlag in der heutigen Sitzung durch den obersten Kriegsrat angenommen wurde, lautet: Der Waffenstillstandskommission in Spa, die bisher ausschließlich aus militärischen Fachleuten der Alliierten zusammengesetzt war, sollen Zivilvertreter einer jeden verbündeten Regierung beigegeben werden, die das Recht haben, in direkte Beziehungen zu treten mit der Einrichtung, deren Schaffung gleichzeitig vom obersten Wirtschaftsrat beschloßen worden ist. Die in Paris aus 5 Mitgliedern gebildete Kommission würde während der ganzen Dauer der Waffenstillstands- der wirtschaftlichen Fragen behandeln, wie z. B. Fragen des Finanzwesens, der Verproviantierung, der Blockade und der Rohstoffe.

Vern, 10. Febr. Nach französischen Blättern hat die Moral der amerikanischen Truppen in Frankreich bedenklich gelitten. Der Staatssekretär des amerikanischen Kriegsamt, Baker, hat vom Oberkommandierenden General Pershing einen eingehenden Bericht eingefordert. (Die Amerikaner möchte man jetzt, da sie ihre Schuldbiligkeit getan haben wieder raschestens los haben.)

Der internationale Sozialistenkongreß.

Vern, 8. Febr. Rothal Shannon (Irland) verlangt die Lösung der irischen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechts. Müller (Deutschland) sagt, die deutsche Sozialdemokratie habe stets gegen die Mißstände in der Verwaltung der Kolonien und gegen die schlechte Behandlung der Eingeborenen protestiert. Die deutsche Republik müsse ihre Kolonien zurückhaben. Mirral (Frankreich) erklärte, niemand auf dem Kontinent verlange das völlige Verschwinden der Türkei.

In der Nachmittagsitzung brachte Henderson (England) eine Entschlieung über internationale Arbeiterschutzgesetzgebung ein. Der Kongreß forderte u. a.:

1. Kinder unter 15 Jahren ist jede Erwerbstätigkeit zu verbieten.
2. Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren dürfen nicht länger als 6 Stunden beschäftigt werden.
3. Die Arbeitszeit der Arbeiterinnen darf am Samstag 4 Stunden nicht überschreiten. Beschäftigung von Arbeiterinnen während der Nacht ist verboten. Einführung der Mutterkultursicherung ist mit einer Mindestensicherung in Höhe des gesetzlichen Krankengeldes in allen Staaten zur Pflicht zu machen. Für gleiche Arbeitszeit ist Frauen der gleiche Lohn wie Männern zu gewähren.
4. Die Arbeitszeit darf 8 Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. Nachtarbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr früh ist gesetzlich zu verbieten für alle Betriebe, die nicht ihrer Art nach oder aus technischen Gründen auf Nachtarbeit angewiesen sind. Der freie Samstag Nachmittag ist in allen Ländern anzustreben.
5. Arbeiter ist in jeder Woche eine zusammenhängende Ruhepause von mindestens 36 Stunden zu gewähren.
6. Die Arbeitsdauer in gesundheitsgefährlichen Betrieben ist je nach dem Grad der Gefahr auf weniger als 8 Stunden festzusetzen.
7. Alle Gesetze und Bestimmungen auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes und der Koalition sind flingemäßig auf die Heimarbeit der Industrie anzuwenden.
8. Gesetze und Verordnungen (Gemeinbeordnungen, Koalitionsverbote), die einzelne Arbeitergruppen in eine ungünstige Ausnahmestellung gegenüber den andern bringen, sind unzulässig.
9. Es ist eine Verordnung gegen Arbeitslosigkeit zu schaffen. Die Arbeiter sind von Staatswegen gegen Verunsicherungen zu verteidigen. Auswanderungsverbote und Einwanderungsverbote sind unzulässig.

... die Entschlieung wurde einstimmig angenommen.

Vern, 9. Febr. In der Nachmittagsitzung kam die Entschlieung betr. Gebietsfragen zur Verhandlung. Grumbach (Elsaß) hat die deutschen Mehrheitsdelegierten um Aufklärung über die von Dr. David in Weimar abgegebene Erklärung. Die Erklärung Davids bedeute, Elsaß-Lothringen solle sein Selbstbestimmungsrecht haben im Rahmen Deutschlands. Diese Auffassung widerspreche der Haltung der deutschen Mehrheitsdelegierten auf der Berner Konferenz. Müller verwies darauf, daß die Forderung elsässischer Vorkämpfer auf Zutritt zu der Nationalversammlung in Weimar bereits zweimal abgelehnt worden sei. Das von Dr. David geforderte Recht der Selbstbestimmung für Elsaß-Lothringen liege im politischen Interesse der deutschen und französischen Sozialisten, weil nur dadurch eine feindliche Stimmung verhindert werden könne, wie sie in Frankreich von 1871 bis 1914 geherrscht habe. Renaudel lenkte die Aufmerksamkeit auf die deutschen Kolonien. Das deutsche Volk habe kein Kolonialrecht nötig und infolgedessen müsse nach dieser Richtung auf die Pariser Konferenz Einfluß ausgeübt werden. Hieran wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Der Kongreß nahm ferner eine Entschlieung an, daß Kriegsgefangene nicht zurückgehalten werden dürfen.

Zu dem Punkt: Diktatur und Demokratie legte Branting eine Entschlieung vor, die die Revolution in Rußland, Oesterreich und Deutschland begünstigt. Sie fordert die Arbeiter aller Länder auf, demokratisch-revolutionäre Einrichtungen zu entwickeln, in deren Rahmen die sozialistische Umgestaltung sich vollziehen kann. Die Konferenz stehe unerschütterlich auf dem Boden der Demokratie. Sie bezeichne jeden Versuch einer kleinen Mehrheit des Proletariats, eine Diktatur auszuüben, als gefährlich. Das könne nur zur Aufrechterhaltung des Proletariats und zum Bürgerkrieg führen.

Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Vern, 10. Febr. Janson empfiehlt das Programm über die Arbeiterfragen, dessen Durchziehung in Paris erreicht werden könne, wenn die politische sozialistische Internationale ihre Unterstützung leiste. Mac Gurt (England) erklärte die Zustimmung zu dem Programm. Arbeitsminister Kunfi (Ungarn) sagte, die Lage der Arbeiterschaft hänge völlig davon ab, wie der in Paris geschlossene Frieden ausfallen werde. Gegen die von den französischen Delegierten eingebrachte Entschlieung zum Völkerverbund wandten sich die Oesterreichische und die holländische Delegation mit der Begründung, daß die Gewerkschaften sich nicht mit politischen Fragen zu befassen hätten.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 10. Febr.

Prof. Dr. David eröffnete die Sitzung um 3.25 Uhr. Auf Bitte einiger Mitglieder des Hauses verlos er eine Mitteilung, daß die Gerichte, die über einen Aufruhr in Leipzig verurteilt sind, unbegründet sind. Es freilich nur ein Teil der städtischen Beamten, besonders die Schulleute und Feuerwehrlente.

Weimar, 10. Febr. Abg. Erzberger ist nach Trier zu den Verhandlungen über die Bedingungen des Waffenstillstands abgereist.

Rohlenmangel.

Berlin, 10. Febr. Industriellen Betrieben in Berlin wurde amtlich mitgeteilt, daß es vorläufig nicht mehr möglich sei, sie mit Kohlen zu beliefern.

Berlin, 10. Febr. Nach der „B. Z.“ erfreut sich der ehemalige Polizeipräsident Eichhorn des Schutzes der unabhängigen Regierung in Braunschweig.

Danzig, 10. Febr. Der Eisenbahnverkehr Berlin-Königsberg ist seit gestern mittag unterbrochen, da in Marienburg ein Streik unter den Eisenbahnern des Betriebsdienstes herrscht.

Die Aufgabe der Polen.

Berlin, 10. Febr. Die „Newport Tribune“ schreibt: Die Polen haben keine Befugnis nach Berlin zu marschieren. Sie sollten ihr Gesicht indessen gegen Warschau wenden. Deutschland ist nicht mehr im Krieg. Die wahre Aufgabe Polens liege im Osten, nicht im Westen.

Verhaftung deutscher Industriellen.

Berlin, 9. Febr. Die feindlichen Besatzungsbehörden haben außer dem Inhaber der Firma Gebrüder Köchling in Diebenhofen auch den Prokuristen des Unternehmens, Josef Dreber, verhaftet und abgeführt. Die Verhaftung erfolgte am 2. Februar in seiner Wohnung in Bad Ems, das bekanntlich zum Brückenkopf Koblenz, also zum besetzten Gebiet gehört. Dreber soll wie viele andere Personen von den Alliierten wegen des Anlaufs von beschlagnahmten französischen und belgischen Maschinen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Angehörigen Drebers sind bis heute ohne Nachricht über seinen Aufenthalt und sein Ergehen. Da die Verhaftung dem Artikel 6 des Waffenstillstandsabkommens widerspricht und außerdem im Widerspruch zu dem am 16. Januar in Trier abgegebenen Erklärungen Hochs steht, hat die deutsche Waffenstillstandskommission sofortige Freilassung gefordert.

Clemenceaus Begründung der weiteren Bedrückungen.

Paris, 10. Febr. In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Associated Press“ sagte Ministerpräsident Clemenceau w. a.: Der Krieg sei gewonnen. Es wäre aber vielleicht genauer, wenn man sagen würde, daß eine Ruhe im Sturm eingetreten sei. Mindestens müsse man alle Möglichkeiten ins Auge fassen. Frankreich sollte nicht nur militärisch, sondern auch in Handel und Industrie vernichtet werden. Die französische Industrie könne nur schwer ins Leben zurückgerufen werden, während Deutschland alle seine Werke unversehrt behalte. Darin habe Preußen gesiegt. Auch sei es für Deutschland sehr vorteilhaft, daß es während des Krieges keine Schulden im Ausland zu machen brauchte. Auch hinsichtlich des militärischen Sieges sei die Lage für Frankreich beunruhigend. Aus dem Bolschewismus

... wenn die englische Armee demobilisiert sei und die Amerikaner nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrt seien. Allerdings habe Wilson beruhigende Erklärungen abgegeben.

Der Ausstand.

Berlin, 10. Febr. Der „Berl. Vol.-Anz.“ meldet: Das Eisenbahnpersonal in Trier hat den Dienst verweigert. In Rom hat das Personal aller Zeitungsdruckereien, mit Ausnahme des „Avanti“ und des „Giornale del Popolo“, die Arbeit eingestellt.

Berlin, 10. Febr. Die schnelle Abreise Lloyd Georges von Paris nach London hängt nach der „B. Z.“ mit den Arbeiterunruhen in England zusammen, an denen auch entlassene Soldaten teilnehmen. Die Regierung suche nun die Demobilisierung wieder zu verlangsamen und inzwischen ein Freiwilligenheer von 900.000 Mann mit hohem Sold als Besatzungsheer in Deutschland, Rußland und in der Türkei, sowie zur Aufrechterhaltung der Ordnung in England anzumelden.

Die Bolschewisten.

London, 10. Febr. Aus Helsingfors wird gemeldet, daß die Schreckensherrschaft in Rußland fort-dauere. In Moskau befindet sich ein chinesisches Bataillon, das sich nur mit Hinrichtungen von Bürgern befaßt. Die Nahrungsmittel und Kleiderstoffe sind fast nur für die Bolschewisten erhältlich. Peterburg zählt augenblicklich noch etwa 700.000 Einwohner (vor dem Kriege 1 1/2 Millionen).

Die Fischen in Ungarn.

Budapest, 10. Febr. Nach einer Meldung des Ungar. Corr. Bur. ließ der tschecho-slowakische Kommandant in Privigye (Privitz) alle Nahrungsmittelvorräte beschlagnahmen, als sich die slowakische Einwohnerschaft in der Abstimmung für den Anschluß an Ungarn entschied. Eine Abstimmung in Wemet-Prona (Deutsch-Pröben) hatte ein ähnliches Ergebnis.

Der infolge des gewalttätigen Verhaltens der tschecho-slowakischen Behörden in den besetzten Gebieten Oesterreichs ausgebrochene Streik dehnt sich auch auf Kaschau aus, wo die Arbeiterschaft, die Verwaltungsbehörden, sowie die Post und die Eisenbahn in den Ausstand getreten sind.

Die Umwälzung in Portugal.

Lissabon, 9. Febr. (Reuter.) Die Republikaner eroberten die Städte Vamigo und Ezen.

Die neue Regierung.

Berlin, 11. Febr. Wie die „Voss. Zig.“ melde haben sich die Fraktionsführer der Nationalversammlung geeinigt, daß Ebert zum vorl. Präsidenten und Scheer demann zum Ministerpräsidenten gewählt werden soll. An Stelle Davids (Soz.) solle Fehrenbach (Zentr.) Präsident der Nationalversammlung werden. Das Reichsministerium solle sich aus 14 Mitgliedern zusammensetzen.

Berlin, 11. Febr. Graf Posadowsky, der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, erklärte in einer Unterredung: Wir werden der Regierung keine Schwierigkeiten machen, sondern sie nach Möglichkeit unterstützen. Jedenfalls kann ich sagen, daß wir uns in die Lage finden, wenn auch von uns nicht erwartet werden kann, daß wir über Nacht unsere Gesinnung ändern. Wir sind und bleiben Monarchisten, weil wir im Monarchismus nach wie vor das Heil Deutschlands und Preußens erblicken. Wir sind nicht prinzipielle Gegner der Verstaatlichung, wünschen sie aber nur unter der Bedingung, daß die Ertragsfähigkeit verstaatlichter Industriezweige wächst. Das ist's, was wir bezweifeln, und darum sind wir Anhänger des privatwirtschaftlichen Systems. An die Möglichkeit der Aufsteilung des Großgrundbesitzes glauben wir nicht. Die Aufsteilung in viele kleine Güter würde enorme Schwierigkeiten machen.

Berliner Blättern zufolge wollen die rechtsstehenden Parteien und ein Teil des Zentrums in der Nationalversammlung der endgültigen Beschlußfassung über die Reichsverfassung nur zustimmen, wenn die Arbeiter- und Soldatenräte vorher aufgehoben werden.

Nationalversammlung und Kriegsgefangene.

Weimar, 11. Febr. Der Nationalversammlung ist folgender, von Mitgliedern aller Parteien unterzeichnete Antrag zugegangen: Die deutsche Nationalversammlung erhebt Einspruch gegen die Zurückhaltung von Kriegs- und Zivilgefangenen. Die Gefangenen der Verbündeten sind ihrer Heimat zurückzugeben. Es ist eine Forderung der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, daß auch die Leidenszeit der deutschen Kriegsgefangenen schnelligt beendet wird. Die Nationalversammlung ruft die Neutralen und das Gewissen der ganzen Welt auf, sich mit ihr zu vereinigen in der Forderung, den Gefangenen die Heimat, den Familien den Gatten und den Vater zurückzugeben, die jahrelang von den Angehörigen getrennt, mit Ungebuld die Erlösung aus der Gefangenschaft erwarten. Die deutsche Nationalversammlung sendet den Brüdern jenseits der Grenzen den Gruß der Heimat zu.

Das neue Reichsheer.

Weimar, 11. Febr. Der Rat der Volksbeauftragten hat die Vorlage über die Bildung eines neuen Reichsheers verabschiedet. Die Friedensstärke des neuen Reichsheers soll 250.000 Mann betragen.

In der Zwangsjacke.

Berlin, 11. Febr. Zur Meldung eines Blattes aus der Schweiz, daß die Verbündeten die Herabsetzung des deutschen Heeresbestands auf 25 schwache Divisionen, und die Auslieferung des gesamten Artilleriematerials verlangte, bemerkt die „D. Allg. Zig.“, über den Umfang der Forderungen seien noch keine Anhaltspunkte bekannt, die Meldung betr. Uebergabe des Artilleriematerials sei übertrieben.

2 1/2 Milliarden Fehlbetrag.

Weimar, 11. Febr. In der Fraktionsitzung der deutschnationalen Volkspartei wurde mitgeteilt, daß sich seit dem 9. November im Reichshaushalt ein Fehlbetrag von annähernd 2 1/2 Milliarden ergeben habe,

Die Lebensmittelversorgung.

Hamburg, 11. Febr. Zur Verladung der für europäische Staaten bestimmten Lebensmittel laufen morgen 15 deutsche Dampfer aus Hamburg und Bremen nach Amerika aus. 33 beladene Schiffe haben bereits seit 1. Februar Newport verlassen.

Ausweisung.

Karlsruhe, 11. Febr. Die „Badische Presse“ meldet aus Mannheim: Das badische Ministerium des Innern hat an die Bezirksämter einen Erlass ergehen lassen, wonach die Einreise entschieden hat, daß sämtliche demobilisierten Militärpersonen, die vor dem 1. August 1914 nicht in der neutralen Zone gewohnt haben, diese schleunigst zu verlassen haben. Die Zeit wird durch das Bezirksamt festgesetzt. Abänderungen werden nur zugelassen, wenn dringliche wirtschaftliche Gründe in Frage kommen. Die Kommission der Auszuweisenden für die Stadt Mannheim beruft am Mittwoch abend in den Nebelungenaal eine Protestversammlung gegen die Ausweisung ein. Von der Ausweisung werden in der neutralen Zone in Baden allein etwa 15 000 Männer betroffen. — Der gesamte Schiffs-güterverkehr ab Rehl-Strasbourg nach der Schweiz und Oberbaden ist gesperrt.

Der Krieg im Osten.

Bromberg, 10. Febr. (Amtlich.) Gestern wurde der Josefina-Brüdenlopf und Teile von Steinburg wieder genommen. Bei Josefina wurden 6 Maschinengewehre erbeutet. An den anderen Fronten unseres Abschnittes herrscht rege Patrouillentätigkeit.

Bromberg, 11. Febr. Die Polen stehen 10 Kilometer vor Bromberg. Die Eisenbahnzüge werden beschossen.

Danzig, 11. Febr. Die Eisenbahndirektion hat die Reichsregierung dringend um Zusendung zuverlässiger Truppen zur Bewachung der für Polen bestimmten amerikanischen Sendung von Lebensmitteln, die mit drei Dampfern anfangs nächster Woche in Danzig eintreffen werden. Das Generalkommando sei nicht in der Lage, die Truppen zu stellen und der amerikanische Vertreter habe die Verwendung amerikanischer Truppen abgelehnt, da das Sache der Deutschen sei.

Die Siebenbürger Sachsen.

Bukarest, 10. Febr. Eine Abordnung der sächsischen Bevölkerung in Siebenbürgen ist in Bukarest eingetroffen, um sich für eine Vereinigung mit Rumänien und gegen jeden Anschluss an Deutschland auszusprechen.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 11. Febr. (Gavas.) Der oberste Kriegsrat wird demnächst die Bedingungen feststellen, die in das am 18. Februar zu erneuernde Waffenstillstandsabkommen aufgenommen werden sollen. Deutschland soll außerhande gesetzt werden, mit den Feindseligkeiten wieder zu beginnen, wenn ihm je Absichten hierzu kommen sollten. (1) Die Alliierten hatten zu diesem Zweck die Abgabe einer Erklärung über die gewöhnlich in Deutschland vorhandenen Bestände an Kriegsmaterial, sowie über das ständig in der Herstellung befindliche Material gefordert und gleichzeitig bei der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa Protest erhoben wegen der Nichterfüllung bestimmter Bedingungen des Waffenstillstandsabkommens. Es ist sogar wahrscheinlich, daß zwecks größerer Sicherheit der oberste Kriegsrat die Auslieferung eines großen Teils des Geschütz-, Maschinengewehr- und Flugzeugmaterials verlangen wird. Neben diesen Fragen wird der Rat das Problem der polnischen Grenze erörtern und sich mit den in Mexiko zu belassenden Heeresbeständen befassen.

In dem Schadenersatzanspruch gab der französische Finanzminister Loy Kenntnis von einem Werk, das im Jahr 1916 vom deutschen Generalstab herausgegeben worden sein soll und das den vorbedachten Plan der Zerstörung der industriellen Betriebe Frankreichs beweise. Loy stellte die Folgen dar, die sich aus der Vernichtung bestimmter Zweige der französischen Industrie zum Vorteil Deutschlands ergeben müßten. Es wurde beschlossen, das Werk an die Wirtschaftskommission zu verteilen.

Die Kommission für internationale Arbeitsgesetzgebung trat unter dem Vorsitz von Samuel Gomperts zusammen. Sie beschloß, daß in der allgemeinen Arbeiterkonferenz jede Nation durch Vertreter der Regierung und durch Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter vertreten sein solle.

Paris, 11. Febr. Die polnische Delegation hat an den obersten Kriegsrat der Alliierten das Ansinnen gestellt, bei der Erneuerung des Waffenstillstandsabkommens solle es den Deutschen verboten werden, militärische Maßnahmen gegen die Polen in der Provinz Posen zu unternehmen. (1) Weiter soll Deutschland gezwungen werden, den Polen die Eisenbahn von Danzig bis Warschau für den Transport von Truppen und Munition zur Verfügung zu überlassen, damit die Truppen des Generals Haler ohne Schwierigkeiten zu den Polen geschickt werden können. (Haller ist der Befehlshaber der in Frankreich stehenden polnischen Truppen.)

Paris, 11. Febr. Der „Temps“ bestätigt, daß unter den Vertretern der fünf Großmächte ernste Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung Deutschlands entstanden seien. Es sei zu einem offenen Streit zwischen Marschall Foch, der die äußersten Maßregeln gegen Deutschland verlangt, und Lord Milner, den Vertreter Lloyd Georges, gekommen.

Der Völkerbund.

Bern, 11. Febr. „Progres de Lyon“ erklärt, der Ausschuss für den Völkerbund hoffe die Grundzüge noch vor der Abreise Wilsons (18 Februar) zur Abstimmung bringen zu können. Wilson werde zum Vorsitzenden des Völkerbunds ernannt werden, da er aber das Amt erst nach Ablauf seiner Präsidentschaft werde übernehmen können, so würde in der Zwischenzeit eine vorläufige Organisation zu schaffen sein. (Ob das nicht eine Hintertüre ist, durch die mittlerweile Clemenceaus Imperialismus einschleichen kann? D. Schr.)

Aufhebung des Versicherungsvertrags in Elsass-Lothringen.

Paris, 11. Febr. Der „Temps“ meldet: Clemenceau hat die Auflösung aller Versicherungs- und Rückversicherungs-Gesellschaften in Elsass-Lothringen, die auf der schwarzen Liste stehen, angeordnet. Die Verträge gelten vom 1. Januar 1919 ab für erloschen. Den Ver-
sicherten wird eine Frist von 4 Monaten eingeräumt, um eine andere Versicherung einzugehen. Deutsche, öster-
reichische und ungarische Lebensversicherungs-Gesellschaften erhalten einen Zwangsverfall. Die ausländischen Gesellschaften in Elsass-Lothringen, die auch in Frankreich arbeiten, müssen ihre Geschäftstätigkeit künftighin durch die französischen Filialen ausüben lassen.

Requirierung der Verkehrsanstalten in Belgien.

Brüssel, 10. Febr. Die belgische Regierung hat die Eisenbahnlinie von Belgien, ferner die Post, die Telegraphen- und Fernsprechanstalten, sowie deren Personal

Allgemeiner Ausstand in England?

London, 11. Febr. „Daily Mail“ berichtet, die Vorstände der englischen Gewerkschaften haben den Generalstreik beschlossen, falls bis zum 28. Februar nicht der achtstündige Arbeitstag und die Lohnerhöhung um 40 Prozent eingeführt sei.

Das deutsche Volkshaus in Rom.

Rom, 11. Febr. Die italienische Regierung hat den von dem Palazzo Caffarelli, dem früheren deutschen Volkshaus, amtlich Besitz ergriffen.

Der internationale Sozialistenkongress.

Bern, 10. Febr. In der heutigen Schlussitzung gab Vo riet (Frankreich) eine Erklärung ab, daß eine Stellungnahme gegen den Bolschewismus zur Unterstützung der bürgerlichen Politik Wilsons beitragen würde. Arletod (russischer Menschewist) stellt fest, daß der Bolschewismus nicht eine Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur über das Proletariat sei. Adler (Wien) bringt eine Erklärung ein, die sich gegen die Brandmarkung der russischen Justiz verwahrt.

Zu der Nachmittagsitzung wies Troelska (Dänemark) darauf hin, daß der Bolschewismus die Grundzüge der Demokratie verraten habe. Gaveronsky (russischer Sozialrevolutionär) erklärt, die Bolschewisten hätten zwar das große Eigentum beseitigt, dafür aber das ganze Volk verelendet. Kautsky (Die Bolschewisten haben nichts anderes erreicht als eine neue Form des Militarismus. Henderson (England) stellt fest, daß die bolschewistischen Grundzüge unvereinbar seien mit denen der Internationale. Bernstein (Deutschland) betont, für England und Frankreich sei der Bolschewismus nur eine theoretische, für Deutschland aber eine praktische Frage, von der Leben und Tod der deutschen Republik abhängen. Was die Bolschewisten getan haben, hätte die reaktionärste Regierung nicht getan. Der Bolschewismus habe die Verberührung in Russland eingeführt und wolle sie auch anderwärts einführen. Der Bolschewismus würde den Untergang des Proletariats bedeuten. Die übrigen Redner stimmten durchweg der Mehrheitsresolution zu.

Branting stellte in seinem Schlusswort fest, daß die Internationale wiedererstehen sei. Ihr Ziel sei der demokratische Völkerbund ohne Ausschluß irgend einer Nation. Voraussetzung sei, daß ein dauernder und gerechter Friede geschlossen werde. (Vebh. Beifall.) Nach kurzen Erklärungen eines deutschen Unabhängigen, die ganze deutsche Jugend sei antimilitaristisch und werde bei einer Wiederberührung unter die Gewehre den Dienst verweigern, wurde der Kongress geschlossen.

Bern, 11. Febr. Die gesamte französische Presse fährt fort, eine Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen zu fordern, indem sie auf die neue Haltung Deutschlands hinweist, das allmählich wieder den Kopf zu heben beginne. „Homme Libre“ hält die Haltung der deutschen Regierung für einen großen Mißfall, weil das deutsche Volk tatsächlich den Frieden wolle.

Anschlag.

Frankfurt, 11. Febr. Gestern abend 1/2 9 Uhr wurde auf die Führer der Marineabteilung, die im Polizeipräsidium zu einer Sitzung versammelt waren, ein Anschlag verübt. Die Täter haben von der Mainzer Landstraße aus die Umfriedungsmauern des Polizeipräsidiums überstiegen und dann auf die hellerleuchteten Fenster eine größere Anzahl Schüsse abgegeben. Es wurde niemand verletzt.

Die Sommerzeit.

Paris, 10. Febr. Die Sommerzeit wird in Frankreich in diesem Jahr in der Nacht vom 1. auf den 22. März beginnen und soll bis zum 16. Oktober dauern.

Deutsche Nationalversammlung.

Die vorläufige Reichsverfassung angenommen.

Weimar, 10. Febr. Zweite Beratung der prov. Verfassungsentwürfe. Der bayerische Minister Dr. o. E. Läger erklärt im Auftrag der Regierung Bayerns, Würtemberg und Baden, daß diese Regierungen unter der Voraussetzung, daß durch die Annahme des Gesetzentwurfes Entschleunigungen über die Sonderrechte der einzelnen Freistaaten nicht vorweg genommen werden die Zustimmung zu dem Entwurf. Volksbeauftragter Ebert erklärt, daß die Reichsregierung Meier Auffassung zustimme.

Hg. Loebe: Die sozialdemokratische Fraktion habe sich entschlossen, erhebliche Bedenken zurückzuführen. Unter dem Zwang der Verhältnisse und um den Wiederaufbau des Reiches nicht zu schwer zu gestalten, habe sich die Fraktion dazu verstanden, in eine Einschränkung des Grundgesetzes, daß die Nationalversammlung allein souverän sei, zu willigen. Für die endgültige Verfassung behalte sich die Fraktion volle Freiheit der Entscheidung vor.

Romans der D.D.P. erklärte Abgeordneter v. Payer: Meine Freunde erkennen die Notwendigkeit an, eine Vorberatung zu schaffen, ebenso daß sie sofort in Wirklichkeit tritt

den die Beratung zur endgültigen Verfassung werden mir in die Prüfung der Frage heranziehen können, wie zum Heil der Reichseinheit mit Rücksicht auf das historische Gewordene und auf die Eigenart der deutschen Stämme diese am besten vereinigt werden können. Unser Volk, das sich aus der Gegenwart nach Verwirklichung von Zukunfts Hoffnungen erheben will und die Freude, die uns den Frieden grundlos und großartig vorzuziehen lie sollen uns trotz der gewaltigen Parteigenossen der letzten Wochen und Monate bei dieser sehr ernsten Frage geeint und entschlossen finden. Die heutige Verabschiedung des ersten großen grundsätzlichen Gesetzes durch eine außerordentlich große Mehrheit soll uns außerdem von guter Vorbedeutung sein. Meine Freunde haben beschlossen, für die Vorlage und ihre sozialistische Durchberatung in zweiter und dritter Lesung zu stimmen.

Hg. Helm (Bayer. Volkspartei) erklärt im Namen seiner Freunde u. a., daß diese die schwersten Bedenken gegen den Verfassungsentwurf haben. Sie hegen aber die Hoffnung, daß es gelingen werde, den berechtigten Wünschen ihrer eigenen Heimat Geltung zu verschaffen.

Dr. Deibler (D.D.P.) erklärt, daß bei seinen politischen Freunden gegen die Vorlage die schwersten Bedenken bestehen, daß aber ihr vorläufiger Charakter bekannt werde. Daher werde seine Partei das große Opfer bringen und für die Vorlage stimmen.

Dr. Heitze erklärt im Namen der Deutschen Volkspartei (Natl.), daß trotz erheblicher technischer und juristischer Bedenken seine Freunde aus politischen Gesichtspunkten für den Entwurf stimmen werden.

Cohen-Neuh (U.S.P.) will statt des Präsidenten ein Bundespräsidium oder ein Reichspräsidium und weiter eine Festlegung des Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte.

Hg. Gröber (Zentrum) erklärt: Für uns ist im Augenblick das Wichtigste, den Übergang von einem revolutionären Zustand zu einer Rechtsordnung möglichst zu beschleunigen. Die Zentrumspartei wird deshalb in ihrer großen Mehrheit für die Vorlage stimmen. Sie betrachtet die Annahme des Entwurfs als notwendige Vorbereitung für Frieden und Brot.

§ 1 wird sodann gegen die Stimmen der U.S.P. und einer Minderheit des Zentrums angenommen.

Zu § 2 wird ein Antrag angenommen: Der Staatenausschuss wird gebildet von Vertretern derjenigen deutschen Freistaaten, deren Regierungen auf dem Vertrauen einer aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung beruhen. Bis zum 31. März 1919 können mit Zustimmung der Reichsregierung auch andere deutsche Freistaaten Vertreter entsenden.

§ 3 und 4 werden nach Ablehnung einiger Anträge der U.S.P. unverändert angenommen.

Zu § 5 wird ein Antrag der U.S.P., daß Soldaten ebenso wie Beamte als Mitglieder der Nationalversammlung ihre Tätigkeit ausüben können, ohne Urlaub nachsuchen zu müssen, gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

§ 6 wird, nachdem Staatssekretär v. Brodhoff-Rangau erklärt hatte, daß er nicht die Absicht habe, Geheimverträge abzuschließen, angenommen, desgleichen die §§ 7, 8 und 9.

Als § 10 wird ein Antrag Payer, Gröber und Genossen hinzugefügt: Dieses Gesetz tritt mit seiner Annahme an, die Nationalversammlung in Kraft. Von diesem Zeitpunkt an kommen Gesetze sowie Verordnungen, die nach dem bisherigen Rechtsrecht der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages bedürfen, nur gemäß § 4 dieses Gesetzes zustande.

Sodann wird sofort in die 3. Beratung eingetreten.

Zu § 6 führt der Volksbeauftragte Landsberg aus: Er stelle fest, daß die Reichsleitung durchaus auf dem Standpunkte stehe, daß die Lage der Geheimdiplomatie geahrt sein müsse. Aber wenn wir uns jetzt einseitig die Verpflichtung auferlegen, alle Verträge vor der Öffentlichkeit abzuschließen, so kann daraus der eine oder andere Staat, der uns mißgünstig gesinnt ist, die Folgerung ziehen, daß er es nun für sich nicht nötig habe, die Geheimdiplomatie abzuschaffen. Wir würden also damit unser Ziel, die allgemeine Abschaffung der Geheimdiplomatie geradezu gefährden.

Zu der Gesamtbestimmung wurde der Entwurf gegen die Stimmen der Unabhängigen und weitaus anderer Abgeordneter unter Beifall angenommen.

Die Ermächtigung an den Präsidenten das Gesetz zu unterzeichnen und es damit in Kraft zu setzen wurde einstimmig angenommen.

Darauf erklärte Volksbeauftragter Scheidemann: Nachdem die Nationalversammlung die vorläufige Verfassung verabschiedet hat, ist die Aufgabe, die uns als vorläufige Regierung zusteht, beendet. Wir legen die Macht, die wir von der Revolution empfangen haben, hiermit in Ihre Hände.

Hg. v. Payer (D.D.P.) schlug darauf vor, die Regierung zu ersuchen, ihr Amt bis zur Wahl des Reichspräsidenten und bis zur Bildung des Reichsministeriums weiter zu führen. Volksbeauftragter Scheidemann erklärte, die Regierung sei dazu bereit.

Das Haus nahm den Vorschlag Payers einstimmig an.

Nächste Sitzung: Dienstag nachmittags 3 Uhr: Wahl des Reichspräsidenten.

Württemberg.

Stuttgart, 10. Febr. (Aus dem Parteileben.) Am 8. und 9. Februar hatten sich im Gewerkschaftshaus aus 68 Orten 136 Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie versammelt, um über die Aufgaben der nächsten Zeit zu beraten. Erzipien berichtete über die gegenwärtige politische Lage und die Aufgaben der Partei, Schepfer über die Frage der Agitation und der Organisation. Es wurde beschlossen, eine Pressekommission einzusetzen. Der nächsten Landeskonferenz soll ein Entwurf für den Neuaufbau der Organisation vorgelegt werden.

Stuttgart, 10. Febr. (Kundgebung.) Eine von der Deutschen Friedensgesellschaft eingeladene Versammlung im Sieglhaus, in der General Graf Montgelas-München sprach, sollte eine Entschleunigung, die den Völkerbund begrüßt unter der Voraussetzung, daß allen Mitgliedern volle Gleichberechtigung zukomme. Von der Nationalversammlung wird erwartet, daß sie für diese Forderung eintrete.

Stuttgart, 10. Febr. (Allgemeine Lehrerversammlung.) Zu dem Zweck, alle Lehrervereinigungen unbeschadet der Eigenart und möglichen Selbstständigkeit der Einzelvereine zu einem Lehrerbund zusammenzufassen, wird am Donnerstag, den 13. Februar, nachmittags 2 Uhr, im Stadtgartenaal in Stuttgart eine von sämtlichen Lehrervereinigungen gemeinsam veranstaltete Versammlung stattfinden. Ministerialrat Dr. Reindahl-Stuttgart und Dr. Deuchler, Dozent für Pädagogik an der Universität Tübingen, haben Vorträge angekündigt.

Stuttgart, 10. Febr. (Die Auslandsdeutschen.) Am Samstag fand eine Versammlung der Auslandsdeutschen im Vindemuseum statt. Auf eine frühere Anfrage war von Staatssekretär Erzberger die Antwort eingegangen, die Waffenstillstandskommission vertrete die Wünsche der Auslandsdeutschen mit Entschiedenheit: zu den Vorbereitungen des Friedens sollen Vertreter beigezogen werden. Die Versammlung beschloß die Bildung eines Beirats aus den Kreisen der Auslandsdeutschen, der dem deutschen Auslandsinstitut beigegeben werden und sich an die Organisation in Berlin anschließen soll.



(*) **Günzburg, 10. Febr.** In den Ruhestand. Oberlehrer Dr. M. B. H. L. e. r., Vorstand des Lehrerseminars Günzburg ist in den Ruhestand getreten.

(*) **Hall, 10. Febr.** (Ein Schwindler.) Ein ungeliebter Gottlieb Steinbiber von Alsdorf, O. M. Weizheim, der sich zu einem Gutbesitzer in Untermünchheim als Knecht verdingt hatte, erbat sich von seinem neuen Dienstherrn Pferd und Schlitten, um seinen Koffer auf dem Bahnhof in Hall abholen zu können. Der Knecht ist jedoch mit dem Gefährt flüchtig gegangen.

(*) **Waldsee, 10. Febr.** (Tragisches Ende.) Der 57 Jahre alte Seilermeister Strobel von Oberbach wurde von seinem 27jährigen vom Feld heimgekehrten Sohn beim Probieren einer Browningpistole so unglücklich in den Unterleib geschossen, daß er nach 2 1/2 Stunden starb.

(*) **Stuttgart, 11. Febr.** (Aus dem Finanz-aussch.) Heute vormittag trat der Finanzaussch. der Landesversammlung zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zum Vorsitzenden wurde Abg. Pflüger (Soz.) gewählt, Berichterstatter ist Abg. Herrmann (D. D. P.). Abg. Fischer (Soz.) beantragt, die Ueberschüsse der Landesstellen und der Kommunalverbände sicherzustellen und die Preise für alle Bedarfsartikel abzubauen. Minister Baumann teilt mit, daß es sich bei diesen Ueberschüssen um Sicherungsfonds handle, die nicht ohne weiteres greifbar seien. Der Änderungsantrag Körner, die Ueberschüsse zur Förderung und Vermehrung der Güterezeugung dienlich zu machen, sei bisher schon durch Ueberweisung von Beträgen an die Zentralstelle für die Landwirtschaft erfüllt worden. Uebrigens sollte die Verwendung der Ueberschüsse bei den Kommunalverbänden nicht selbst überlassen werden, weil sonst vorhandene Mittel im Voraus verschwinden würden. Zu dem Änderungsantrag Körner, der die Prüfung der Rechnungen der Kommunalverbände durch beeidigte Revisoren und Veröffentlichung des Prüfungsergebnisses verlangt, bemerkt der Minister, daß die Regierung gegen die Veröffentlichung nichts einwende; die Rechnungen seien durch staatliche Revisoren bereits geprüft worden. Ein Redner der D. D. P. bemerkt, die Ortsvorsteher haben rechtlichen Anspruch auf Belohnung. Ein Mitglied der S. P. will, daß Ueberschüsse im Interesse der Verbraucher verwendet werden. Minister Baumann: Die Zuwendungen an die Ortsvorsteher sollten als Betriebsausgaben vorher in Abzug gebracht werden, die Ueberschüsse stammen in der Hauptsache aus Reichsmitteln. Ein Redner des Zentrums hält die Unterstützung von Hohenheim für notwendig. Die Ueberschüsse werden überschätzt. Die Belohnung der Ortsvorsteher ist zweckmäßig. Ein Mitglied der S. P.: Ein Teil der Ueberschüsse könnte für die Gesundheitspflege (Tuberkulose) verwendet werden. Ein Antrag Scheel (D. D. P.), die besitzlosen Gegenstände dem Verkehr zu solchen Preisen zuzuführen, daß Ueberschüsse auf Kosten der Verbraucher vermieden werden und die Ueberschüsse der Kommunalverbände zu gemeinnützigen Zwecken zu verwenden, wird angenommen. verlesen, wird einstimmig angenommen.

(*) **Stuttgart, 11. Febr.** (Reinigenvorträge.) Vom 10.—14. März beabsichtigt der bekannte Biologe Professor Hermann Müllermann S. J. hier eine Reihe von Vorträgen über das Thema: „Das Familienproblem im Lichte der Lebensgesetze“ zu halten.

(*) **Stuttgart, 11. Febr.** (Drohung der A. und S. N. A. r. o.) Wegen den Beschluß der Verfassungskommission der Landesversammlung, das Wahalter für Gemeindevorstände von 20 auf 21 Jahre hinaufzusetzen, hat der Landesaussch. der Arbeiter- und Soldatenräte Württembergs eine Entschließung gefaßt, gegenüber diesem Verrat an den politischen Grundgesetzen der Revolution sei der Landesrat entschlossen, die Rechte mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen. Die bürgerlichen Parteien sollen sich über die Stimmung im Lande nicht täuschen und sie seien jetzt gewarnt, wenn nicht neue politische Erschütterungen ausgelöst werden sollen.

(*) **Heidelbergen, 11. Febr.** (Todesfall.) Im Alter von 60 Jahren in Schiltheim a. D. Wendel gestorben.

(*) **Esslingen, 11. Febr.** (Straßenbahn Ober- tärkheim-Heidelbergen.) Am 15. ds. Mts. wird die Straßenbahnlinie Oberärkheim-Heidelb. i. g. e. dem Verkehr übergeben, womit Esslingen und Oberärkheim in den Vorortverkehr Groß-Stuttgarts einbezogen werden. Der Fahrpreis Esslingen-Stuttg. (Königsbau) wird 50 Pfg., von Oberärklingen an 55 Pfg. betragen.

(*) **Esslingen, 11. Febr.** (Straßenbahn Ober- tärkheim-Heidelbergen.) Wie ver- lautet, besteht die Absicht, daß von der Markungsgrenze Esslingen bis zur neuen Redarbrücke bei Oberärkheim einen 22 Meter breiten Schiffsfahrtskanal anzulegen, an dessen Einmündung in den Neckar ein Werk zur Erzeugung von 3000 Pferdekraften elektrischer Kraft erstellt werden soll.

(*) **Reizibau, O. M. Esslingen, 11. Febr.** (Vom Sohn erschlagen.) Nach der „Epl. Volkstz.“ wurde der Eisenbahnschaffner Christian Habel in Streithändeln von seinem Sohne, der in dem Krieg war und in den nächsten Tagen vom Militär entlassen worden wäre, erschlagen.

(*) **Ludwigsburg, 11. Febr.** (Pferdediebstahl.) Dem Kohlenhändler Ernst Wetter hier wurden zwei Pferde im Wert von 10000 Mk. aus dem Stalle gestohlen. In der Frühe fand man die Pferde in einer Feldscheune bei Heutingheim. Als Diebe kommen ein Artillerist und ein Zivilist in Betracht.

(*) **Ulm, 11. Febr.** (Verurteilung.) Der Händler Seckinger, der dem Sergeanten Roth vom Neben-Trainee gestohlenes Heeresgut im Wert von 645 Mark im 300 Mark abgekauft hatte, wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Roth, der auf den dazu kommenden Schumann geschossen hatte, wird vor das Militärgericht gestellt.

(*) **Ulm, 11. Febr.** (Auerntwünsche.) In einer Sitzung des Bezirksbauernrats wurde dem Verlangen Ausdruck gegeben, daß der Kommunallverband Ulm jeztungen werden sollte, jährlich Abrechnung und Bilanz vorzulegen. Die Spannung zwischen Nehl- und Ge- reidewerks sei so groß, daß der Kommunallverband entweder riesige Gewinne mache oder sehr teuer und unrentabel arbeite. Weiter wurde beantragt, daß der Kommunallverband Ulm am Höchstpreis für den Zentner Getreide 10 Pfennig Lagerhausgebühren in Abzug bringt, daß der Höchstpreis für Gerste 15 Mk. ist, wäh- rend die Brauereien 25 Mk. bezahlen müssen, daß vom Höchstpreis zu 40 Pfg. nur 30 Pfg. dem Erzeuger zu Gute kommen und daß die Stadt Ulm die Transportkosten u. Anlieferung der Milch nicht stellt.

(*) **Sammertingen, 11. Febr.** (Hohe Pelz- preise.) Händler aus Nah und Fern besuchen die iese Gegend, um Pelzwerk aufzukaufen und bieten für ungeschorene bis 100 Mk. Vor dem Kriege erzielten die ungeschorene einen Preis von höchstens 15—18 Mk. Stein- erder kosten jetzt 130—140 Mark.

Baden.

(*) **Karlsruhe, 10. Febr.** In Weimen bei Hei- delberg waren wegen Ueberproduktion im Zementwerk Weimen 14 Arbeiter des Steinbruchs gefündigt worden. Am Sonntag nachmittag zogen daraus etwa 700 Arbeiter der hiesigen Waggonfabrik mit roten Fahnen nach Weimen und verlangten die Jarnahme der Kündi- gungen, die nach ihrer Behauptung aus politischen Grün- den erfolgt seien. Direktor Dr. Schott, der sich ver- gegenüber Gehör zu verschaffen versuchte, wurde miß- handelt und von ihm die Jarnahme der Kündigung erpresst. Unter schweren Bedrohungen und Tätlichkeiten wurden die Arbeiter des Zementwerkes gezwungen, die Arbeit niederzulegen. Die Arbeiter des Zementwerkes wollten aber doraus nicht eingehen. Trotzdem mußte der Betrieb gestillt werden, da viele Rohrleitungen und Ventile beschädigt worden waren. Statt der 14 Arbeiter, denen am 1. März gefündigt wurde, sind nun über 100 brot- los geworden.

(*) **Karlsruhe, 11. Febr.** Die Weiterführung der städtischen Straßenbahn bis Kniekingen ist ge- sichert, nachdem zwischen der Stadtwirtschaft und der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus ein Ein- vernehmen erzielt ist. Die Forderung der Pfahlerung der Straße auf städtische Kosten wurde fallen gelassen.

(*) **Karlsruhe, 11. Febr.** Angesichts des Kohlen- mangels wird eine weitere Ausnützung der Wasserkraft des Murgtalwerks in Angriff genommen.

(*) **Mannheim, 11. Febr.** Zu einer weiteren Gas- perre von morgens 1/10 bis nachmittags 5 Uhr sieht sich die Gasdirektion in Mannheim veranlaßt, da der starke Frost die Einstellung der Kohlenzufuhr bewirken dürfte und die Vorräte nicht mehr lange reichen.

(*) **Heidelberg, 11. Febr.** Die Schlachthofdirektion teilt mit, daß die Schwarzschlachtungen berart zugenom- men haben, daß nicht mehr genügend Tiere für die Ver- ornung der Stadtbevölkerung aufgebracht werden können. Die Fleischration mußte deshalb herabgesetzt werden.

(*) **Baden-Baden, 11. Febr.** Auch hier ist jezt ein Pockenfall aufgetreten. Im Hanauerland haben sich die Pocken weiter verbreitet. Es sollen dort schon 10 Fälle vorgekommen sein.

(*) **Yahr, 11. Febr.** Die Bäuerin Witwe Babine Staiger wurde im Hofweier tot aufgefunden.

(*) **Konstanz, 11. Febr.** Die Lokomotiven der Schweizerischen Bundesbahnen, die seit einigen Jahren teilweise auf den badischen Strecken benützt werden, müssen it. „Konstanz. Nachr.“ bis zum 31. März wieder an die Schweiz abgeliefert sein.

(*) **Vom Bodensee, 11. Febr.** (Zugesfroren.) Durch die strenge Kälte ist der Untersee größenteils zu- gefroren.

(*) **Müllheim, 11. Febr.** Das gesamte Silber- reräte des Offizierskasinos ist gestohlen worden.

(*) **Nadolszell, 11. Febr.** Die Polizei hat laut „Freie Stimme“ eine große Menge Frucht am Bahn- hof Hammerer abgenommen. Ebenso wurden 250 Liter Schnaps, die als Mostsaff für einen Herrn Löwenstein u. Sachsen deklariert waren, mit Beschlagnahme belegt.

* Sitzung der Gemeindefolge vom 7. Februar 1919. Infolge des sich steigenden Kohlenmangels ist die hiesige Gasfabrik wie andere Gaswerke zur Holzvergäsung über- gangen. Letztere wird dadurch bewerkstelligt, daß den zu vergäsenden Steinkohlen ein Holzsaft im Verhältnis von 1 zu 3 gemischt wird. Außer Prügel und Scheiterholz eignet sich hiezu auch sog. Stochholz. Es wird beabsichtigt, daß in anliegenden Waldteilen (z. B. Regeltalwald) lagernde und da- um etwas schwerer verkäufliche Brennholz für die Vergä- sung zu bestimmen und die Stadtpf. g. zu ermächtigen, aus den Staatswaldungen und von Privaten außerdem eine größere Menge Stochholz zum Preise von 10—15 Mark für 1 Km. (traktiert Gasfabrik) zuzukaufen. Mit Rücksicht auf die weitere beträchtliche Steigerung der Kohlenpreise werden die Gas- und Kokspreise der Gasfabrik neu festge- setzt und zwar wie folgt: Gaspreis für Leucht- und Kug- gas 2 1/2 Pfg. für 1 cbm, Koks 3.50 Mark Koksgrös 2 Mk Koksstaub 2 Mark Holzstohlen 3.50 Mark für 1 Zentner.

Die Erneuerung der positiven Platten der Akkumulatoren- batterie des städt. Elektrizitätswerks wird der Akkumulatoren- fabrik Hagen um die Summe von 14418 Mk. übertragen. Der Milchverkauf im Schulhaus wird den beiden Krieger- wirtinnen Käthe Junk und Emilie Horkheimer gegen einen Taglohn von 4 Mark übertragen. Der Stundenlohn der nicht ganz leistungsfähigen städtischen Waldweg- und Straßen- arbeiter wird auf 90 Pfg. festgesetzt. Mit Genehmigung g der Fleischverorgungsstelle könnte die hiesige Stadtgemeinde eine Anzahl Kinder schlachten und in Gefrierfleisch als Rück- lage für die Sommermonate überführen. Die Gemeindefolge können sich hiezu aber nicht entschließen, da die Erfahrungen, die man hier seither mit Gefrierfleisch machte, zu neuen Versuchen nicht ermutigen. Vor allem ist mit einer großen Einbuße am Gewicht und an der Qualität des Fleisches zu rechnen, abgesehen von der Gefahr völligen Verderbens des Fleisches bei nicht ganz sorgfältiger Behand- lung in der Gefrieranstalt. Da eine solche hierfrüht, müßte das Fleisch in die Gefrieranstalten nach Pforzheim oder Stuttgart verbracht werden. Der Transport des Fleisches nach und von Pforzheim oder Stuttgart würde weitere Ge- fahren mit sich bringen, da Gefrierfleisch einen längeren Transport nicht verträgt. Die Gemeindefolge und die zur Beratung zugezogenen Wegweiser sprechen sich daher einstimmig gegen die Herstellung von Gefrierfleisch aus.

Die Bewohner der P. z. n. Sprollenhäuser beantragen, daß die Lebensmittel für die Einwohner von Sprollenhäuser kü- nig sofort nach ihrem Eintreffen in Wilbhad mitte lt eines von der Stadtgemeinde zu stellenden Führers nach Sprollen- haus verbracht und dort dem Arbeiter zur Verteilung übergeben werden. Die Befuhr der Lebensmittel wurde demzufolge im öffentlichen Abtrieb an den Fuhrmann Philipp Jakob Haag um den Betrag von 23 Mk. 50 Pfg. für die jeden Samstag zu befragende Befuhr vergeben. Dies wird von den Gemeindefolgen genehmigt und ge- nehmigt. Die Verteilung der Lebensmittel soll aber bis weiteres wie bisher durch Vermittlung der Kleinhändler und mittelst des auch für Sprollenhäuser eingeführten Bestellver- fahrens erfolgen. Es folgen noch verschiedene kleinere Ge- genstände.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wilbhad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

1918 Markgräfler
(Naturwein)
per 1/2 Liter 1.50 Mark
hat im Ausschank

Gasthaus z. Alten Linde.

Schürzen

Knabenschürzen	Mk. 1.75 bis 2.50
Hänger	Mk. 2.50 bis 7.50
Schulschürzen	Mk. 4.00 bis 8.00
Trägerschürzen	Mk. 7.00 bis 11.00
Zierschürzen mit und ohne Träger	Mk. 4.00 bis 12.00

seidene Zierschürzen, Unterröcke und Reformhosen
Kragen, Manschetten, Crawatten

Ph. Bosh, Wildad
Telefon 32.

Grobchnitt Tabak
100 gr. M. 1.40
garantiert rein speziell für längere Pfeifen bei

Chr. Schmid u. Sohn
Tabakwaren- Großhandlung

Zür Montags nachmittags von 4 Uhr an wird ein

Regeljunge
gesucht.

Sommerberghotel.

Kautschuk- Stempel
empfiehlt **H. P. Wolf.**

Jüngeres, fleißiges

Mädchen

im Alter von 14—16 Jahren für kleinere Arbeiten Vormittags gesucht.

Drogerie Grundners Nachfolg. Inhaber **Gebr. Schmit.**

Empfehle sämtliche Garten- samen:

Schwartzwiebel, Bohnen, Erbsen.

extra in guter keimfähiger Waare alles frischer Samen.

Gärtner Wolf.


Gabe schöne

Stoffmuster

zu Kostümen, Mäntel und Röcke darunter auch schwarzer Anzugstoff und empfehle solche (für die letzte Zeit) billigt

G. Ruch Damenschneider.

Wilbhad, den 12. Februar 1919.



Todes-Anzeige

Heute entschlief sanft im beihnabe 77. Lebens- jahr unsere liebe, treue Hausgenossin

Frau Marie Weber, geb. Bolt
Sattlers Witwe

wovon wir Verwandte und Bekannte in Kennt- nis setzen

Familie Adolf Blumenthal.

Beerbigung Donnerstag Mittag 3 Uhr.